



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz



Spezialgefertigte Betonplatten aus der Abteilung Elementbau der A. Tschümperlin AG

AUSLESE

Adressen H+I Kanton Schwyz

H+I-Präsident:

Ruedi Reichmuth
lic. iur. HSG, Rechtsanwalt
Convisa AG, Unternehmens-,
Steuer- & Rechtsberatung
6431 Schwyz
Tel. 041 819 60 60
Fax 041 819 60 69
praesident@h-i-sz.ch
ruedi.reichmuth@convisa.ch

H+I-Geschäftsführer:

Roman Weber
lic. iur. Rechtsanwalt
Anwaltskanzlei Weber
Gersauerstrasse 7
Postfach 618
CH-6440 Brunnen
Tel. 041 820 34 44
Fax. 041 820 34 55
info@h-i-sz.ch

Kasse:

Schwyzer Kantonalbank
Tel. 041 819 41 11
Fax 041 819 41 27

Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen:

Schwyz–Brunnen–Steinen–
Küssnacht–Gersau–Arth–Goldau:
Roman Weber
Tel. 041 820 34 44
info@h-i-sz.ch

March, Höfe, Einsiedeln:
Georges Kaufmann
Tel. 055 410 11 69
georg.kaufmann@winterthur.ch

Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese
(Herausgabe und Redaktion):
Sekretariat H+I
Redaktion Teil «SZ»:
Franz Steinegger, Schwyz
Tel. 041 819 08 76
Abschlussredaktion:
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz
Tel. 041 811 80 80
Satz, Druck, Spedition:
Bruhin AG, druck|media,
Freienbach
Tel. 055 415 34 34
www.bruhin-druck.ch

Sekretariat Wirtschafts- wochen:

Georg Stäheli
Treuhandbüro
Kirchstrasse 42
Postfach
8807 Freienbach
Tel. 055 415 78 00
Fax 055 415 78 01
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

Inhaltsverzeichnis

SZ

Wirtschaftsmeldungen 4–7

Aktuell

Schwyzer Firma repariert
beschädigte Glasoberflächen 8–9

Themen

Die AUNS-Initiative schwächt die Demo-
kratie und gefährdet Arbeitsplätze 10

Gesetzlicher Mindestlohn löst
kein Problem 11

Freizügigkeitsabkommen Schweiz – EU:
Anrufung der Ventilklausel gegenüber
den Staaten der EU-8 12–13

Index 14

Kommentar

Kampf der Überregulierung 15

Liebe Leserinnen und Leser der H+I-Auslese.

Sie haben es sicher bemerkt: In der März-Ausgabe wurde fälschlicherweise ein altes Editorial der Vorsitzenden der GL der A. Tschümperlin AG, Baustoffe, abgedruckt. Zudem blieb auch noch die Headline aus der Februar-Ausgabe stehen. Wir entschuldigen uns für diesen Fehler und drucken deshalb in der April-Ausgabe den richtigen Beitrag von Carla Tschümperlin ab.

Die Redaktion



Carla Tschümperlin,
Vorsitzende der GL
A. Tschümperlin AG, Baustoffe

Letzthin habe ich mich gefragt, ob ein Unternehmenschef abends nach getaner Arbeit eigentlich glücklicher ist, als seine Mitarbeiter? Als ich im Bekanntenkreis wieder einmal ausführliche Lamentos über die Chefetagen hörte, wie unmöglich sich der Chef benommen hat, dies und jenes falsch oder zu spät entschied, dauernd alles durcheinander bringt und dafür noch jede Menge Geld kassiert, die falschen Personen entlässt und die Falschen behält, wurde mir bewusst, dass ich schon lange nicht mehr gehört habe, wie jemand von seinem tollen Chef erzählt hat und wie glücklich er bei der Arbeit ist.

Heisst das umgekehrt, dass man glücklich ist, wenn man Chef ist und sich nicht über all die Dinge aufregen muss, mit welchen man als Mitarbeiter offensichtlich zu kämpfen hat.

Von der Chance Unternehmer zu sein

Immerhin sitzen die Chefs ja am Steuerhebel und entsprechende Studien haben gezeigt, je mehr Gestaltungsfreiheit man in der Hierarchie hat, umso weniger wirkt sich Stress negativ aus.

Trotzdem gibt es auch Chefs, die sich über alles beschweren; den Markt, die Kunden, die Mitarbeiter, die Kapitalgeber.

Was ist nun also der Schlüssel zum Glück?

Verschiedene Untersuchungen zeigen die Wichtigkeit von Gestaltungsfreiheit auf. Tatsächlich fällt es uns leichter, eine Entscheidung umzusetzen, wenn wir sie selber mitgetragen haben. Je höher also die Hierarchie, umso mehr steigt die Wahrscheinlichkeit, dass man an Entscheidungen partizipiert und dies kann sich positiv auf unsere Zufriedenheit auswirken.

Wir alle haben im Leben Dinge und Personen, an denen wir uns stören. Wir können nun darüber lamentieren und unglücklich sein. Oder aber wir wählen eine aktive Strategie zur Zufriedenheit:

1. Change it!

Wenn mich etwas unzufrieden macht, ändere ich meine Situation aktiv, d.h. ich unternehme etwas, spreche die Dinge an, suche nach gemeinsamen Lösungen.

2. Accept it!

Wenn ich etwas nicht verändern kann, akzeptiere ich es, so wie es ist und lasse mir meine Laune bewusst nicht mehr verderben.

3. Leave it!

Wenn ich es nicht ändern und nicht akzeptieren kann, dann muss ich mich vom Problem trennen, z.B. die Firma verlassen.

Am schönsten ist es natürlich, wenn man sowohl als Mitarbeiter als auch als Chef die Gestaltungsfreiheit hat, um abends rundum zufrieden zu sein. Als Chefs haben wir zwar auch viele Sorgen, aber doch mehr Gestaltungsräume als unsere Mitarbeiter. Deshalb ist es eine grosse Chance, Unternehmer zu sein. Denn fast alles im Berufsleben können wir mit Punkt 1 anpacken: Change it! Unternimm was! Nun müssen wir dafür sorgen, dass auch unsere Mitarbeiter mehr Gestaltungsfreiheit bekommen, um Dinge aktiv anzupacken, die sie unzufrieden machen. Ich bin gespannt, ob die Tischrundengespräche dann plötzlich lobende Worte über die Chefs hervorrufen!

Herzliche Frühlingsgrüsse

Carla Tschümperlin

Carla Tschümperlin
A. Tschümperlin AG, Baustoffe

«Radio Central» kauft «Sunshine»

Überraschender Eigentümerwandel in der Zentralschweizer Medienszene. Die beiden etablierten Regionalsender Radio Central mit durchschnittlich 196 000 täglichen Hörern und Radio Sunshine (122 000 Hörer) haben neu die gleichen Mehrheitseigentümer. Die Triner Medien Holding AG (Herausgeberin des «Boten der Urschweiz») und «Central»-Geschäftsführer Alfons Spirig haben 90 Prozent der Aktien der Radio Sunshine AG und der Radio Sunshine Werbe AG übernommen. Die Triner Holding und Spirig sind seit Jahren auch Mehrheitsaktionäre der Radio-Central-Gruppe. Bisherige Mehrheitsaktionäre der Sunshine-Firmen waren die Zuger Andreas Kleeb und Ulrich H. Moser. Sie haben ihre gesamten Aktienanteile verkauft. 10-Prozent-Aktionär bleibt Sunshine-Geschäftsführer Marco Meier. Er bleibt weiterhin Verwaltungsrat und Geschäftsleiter auf der Seite «Sunshine» und wird neu den kommerziellen und administrativen Bereich der «Central»-Seite übernehmen. Vom Zusammengehen der beiden Regionalradios verspricht man sich die Nutzung von Synergien, dies vor allem im administrativen Bereich, bei der Infrastruktur, Organisation und den Grundkosten. Man rechnet damit, dass vier bis fünf der über 50 Arbeitsplätze mittelfristig wegfallen werden. Die drei heutigen Studios und Standorte von «Central» in Brunnen und Luzern und von «Sunshine» in Rotkreuz werden weiter betrieben. Auch wird sich für die Hörer der beiden Sender nichts ändern, beide Marken bleiben.

Ebnöther Elektro aufgekauft

Die Elektrotechnik-Gruppe Burkhalter hat die Ebnöther Elektro AG mit Sitz in Schübelbach gekauft. Das Unternehmen beschäftigt elf Mitarbeitende und erwirtschaftet einen Jahresumsatz von rund 2,2 Mio. Franken. Zum Kaufpreis wurde keine Angabe gemacht. Geschäftsleiter Martin Ebnöther wird seine Position auch nach dem Verkauf innehaben, teilte die Burkhalter-Gruppe Anfang April mit. Mit der Übernahme verfügt Burkhalter nach der Elektro Zürichsee AG in Horgen nun über zwei Unternehmen am linken Zürichseeufer. Beide Unternehmen werden den lokalen Markt als eigenständige Gesellschaften und unter eigenem Namen bedienen.

OC Oerlikon zurück auf der Erfolgsstrasse

Dem Industrieunternehmen OC Oerlikon, das seinen Hauptsitz in Pfäffikon hat, ist nach dem Fast-Crash

der Turn-around endgültig geglückt, was sich in starken Zahlen für 2011 manifestiert. Sowohl Umsatz wie Gewinn legten markant zu. Das operative Ergebnis hat sich auf 419 Mio. Franken verachtfacht. Für Oerlikon-Konzernchef Michael Buscher belegen diese Ergebnisse «den Erfolg unseres operativen und strategischen Transformationsprozesses». Vor allem die rekordhohe EBIT-Marge von zehn Prozent seien ein Indiz für den Erfolg. Die Verschuldung konnte letztes Jahr deutlich verringert und die Bonität weiter verbessert werden. Die Aktie legte nach Bekanntgabe des Jahresergebnisses um 9,3 Prozent zu, was vor allem den Hauptinvestor Viktor Vekselberg freuen dürfte. Anfang März gab der Konzern zudem den Verkauf der Solarsparte bekannt. Die Veräusserung an Tokyo Electron Limited spült rund 100 Mio. Franken in die Oerlikon-Kasse. Diese Sparte ist zwar um 27 Prozent gewachsen, blieb aber in den roten Zahlen. CEO Buscher ist für den Konzern für die nähere Zukunft aufgrund der wiedergewonnenen Bilanzstabilität zuversichtlich. Die erwartete Stagnation in Europa soll mit Zuwächsen in den Schwellenländern ausgeglichen werden. Nach Asien gehen heute schon 49 Prozent aller Verkäufe.

Vögele mit Riesenverlust

Die Modekette Charles Vögele ist im Geschäftsjahr 2011 tief in die roten Zahlen gerutscht. Unter dem Strich erlitt der Kleiderkonzern einen happigen Verlust von 119 Mio. Franken. Die Umsätze brachen um 15 Prozent auf eine Milliarde Franken ein. Im Vorjahr hatte der Kleiderkonzern immerhin noch einen Reingewinn von 17,8 Mio. Franken erwirtschaftet. Das Betriebsergebnis verschlechterte sich 2011 von +37,6 Mio. auf -113,7 Mio. Franken. Die grössten Verluste erlitt Vögele in Osteuropa mit 57,7 Mio. Franken. Auch in den Benelux-Ländern verdoppelte sich das Defizit auf 24 Mio. Franken. «Mit dem Jahresergebnis sind wir natürlich nicht zufrieden», sagte Konzernchef Frank Beeck. Charles Vögele hatte nach einem happigen Halbjahresverlust im September Konzernchef André Maeder und Verwaltungsratspräsident Alain Caparros entlassen. Seither wird der angeschlagene Modekonzern erneut umgekränpelt. Damit will Vögele bis Ende nächsten Jahres ein ausgeglichenes Ergebnis erreichen. Ab 2014 wird ein zweistelliger Nettogewinn erwartet. Die Zusammenarbeit mit den Hollywood-Stars Penelope und Monica Cruz sowie mit dem deutschen Schauspieler Till Schweiger wurde beendet. Damit wollte sich der Konzern ein neues Image verpassen, was jedoch ins Desaster führte.

Spichtig Gruppe unter neuer Leitung

Der Verwaltungsrat des Schwyzer Kunststoff-Unternehmens Spichtig AG, Steinen, hat Marcel Zosso aus Wangen als neuen CEO eingesetzt. Der bisherige Betriebsleiter, Eigentümer Stefan Spichtig, ist im September 2011 gestorben. Neben dieser Wahl hat sich der Verwaltungsrat neu formiert. Stephan Baer übernimmt das Präsidium von Firmengründer Hans Spichtig, der zusammen mit der Hauptaktionärin Annemarie Spichtig-Engeler im Verwaltungsrat verbleibt. Marcel Zosso, 49 ist ein Kenner der PBS-Branche und verfügt über eine breite Marketing- und Verkaufserfahrung. Das Unternehmen erwirtschaftete 2011 einen Umsatz von 17 Mio. Franken. Es beschäftigt im Mutterhaus mit Spritzgusswerk in Steinen und in der Verkaufs- und Logistik-Niederlassung im deutschen Schillingsfürst 65 Angestellte.

Wohnungsmarkt:

Konsolidierung der Preise auf hohem Niveau

Zu Beginn des Jahres 2012 sind die Preise im Schwyzer Wohnungsmarkt nach einer längeren Wachstumsphase leicht gesunken. Verantwortlich dafür ist unter anderem das grosse Neuangebot in den Bereichen der Eigentums- und Mietwohnungen. Einzig im Segment der Einfamilienhäuser werden weiter steigende Preise beobachtet. Bei den Mietwohnungen übersteigt die hiesige Leerwohnungsquote mit 1.6 Prozent mittlerweile den Schweizer Durchschnitt, der bei 0.9 Prozent liegt. Die Wohnungsmieten im Angebot sind mit 1.8 Prozent im vergangenen Halbjahr weniger stark gestiegen als in den Jahren zuvor. Es ist damit zu rechnen, dass die Nachfrage im Zuge der konjunkturellen Turbulenzen zurückgeht, während der Markt weiterhin stark mit Neubauwohnungen versorgt wird. Auf dem Markt für Eigentumswohnungen wird vorübergehend eine Konsolidierung der Angebotspreise erwartet. Zuletzt sind sie gegenüber dem Vorjahr nur noch um 3.2 Prozent gestiegen; in den drei Jahren war es jeweils mehr als 8 Prozent. Zum Jahresende 2011 haben die Preise sogar leicht nachgegeben. Der Eigenheimmarkt wird durch die tiefen Hypothekarzinsen und eine zuwanderungsbedingte Nachfrage gestützt, andererseits dämpft ein rückläufiges Wirtschaftswachstum erfahrungsgemäss die Wohneigentumsnachfrage. Das grosse Neubauvolumen führt zu einem anhaltend grossen Angebot. Bei den Einfamilienhäusern ist der Angebotspreisindex Ende 2011 etwas zurückgegangen. Insgesamt resultiert hier jedoch gegenüber dem Vorjahr noch immer ein stattliches Plus von fast 15 Prozent. Vor

allem Häuser im gehobenen Segment konnten im letzten Jahr preislich nochmals zulegen. Der Traum vom Einfamilienhaus bleibt ungebrochen – auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten. Der Ausblick für den Einfamilienhausmarkt ist deshalb nach wie vor positiv.

Kühne+Nagel:

Gewinneinbruch wegen Kartellstrafe

Der Schwyzer Logistikkonzern Kühne + Nagel muss auf Geheiss der EU-Kommission eine Kartellstrafe von 53,7 Mio. Euro zahlen. Die Basler Konkurrentin Pernalpina wird mit rund 46,5 Mio. Euro zur Kasse gebeten. Die Unternehmen prüfen den Weiterzug. Die Speditionsunternehmen hatten gemäss den Brüsseler Wettbewerbshütern zwischen 2002 und 2007 Aufschläge in der Luftfracht abgesprochen. «Wir werden die Entscheidung der EU-Kommission und deren Begründung sorgfältig prüfen», liess sich Kühne + Nagel-Chairman Karl Gernandt Ende März zitieren. Der Firma sei klar, dass die EU-Kommission «den Sachverhalt und die Beteiligung von Kühne + Nagel nicht zutreffend erfasst» habe. In «erheblichem Umfang» seien bei dem Verdikt «falsche tatsächliche und rechtliche Schlussfolgerungen gezogen worden». Die Busse schlägt auf den Reingewinn des ersten Quartals. Dieser sank um 56 Prozent auf 67 Mio. Franken. Der Umsatz hingegen kommt mit 4,83 Mrd. Franken gehalten werden. Der Konzern selber spricht von unbefriedigenden Ergebnissen.

Erdgas Innerschwyz immer noch auf Durststrecke

Die Erdgas Innerschwyz AG, eine 92-prozentige Tochter des Elektrizitätswerks des Bezirks Schwyz EBS, wächst zwar konstant weiter, steckt aber immer noch in der Ausbauphase. Noch nie wurden so viele Neuanlüsse erstellt und noch nie so viel Energie verkauft, nämlich 28 Gigawattstunden. Das Wachstum betrug 2,8 Prozent. Aber mit 3,6 Mio. Franken ist auch noch nie ein so hoher Bilanzverlust eingefahren worden. Damit dauert es deutlich länger bis zum Durchbruch als zuerst prognostiziert. 2006 hat die fast 100jährige Phase des vorherigen Inselwerks in Seewen geendet und Innerschwyz wurde an das internationale Erdgasnetz angedockt. Seither ist der Ausbau der Ortsnetze im Gange, die Akquirierung neuer Kunden und damit die konstante Steigerung der Anschlussleistung. Geschäftsführer Hans-Peter Tanner ist überzeugt, dass sich die Erdgas AG auf dem richtigen und einem zukunftssträchtigen Weg befindet.

Roman Weber neuer HEV-Präsident

Beim Hauseigentümerverband (HEV) kommt es zu einem Generationenwechsel. Nach 18 Jahren tritt Toni Dettling als Geschäftsführer des HEV Sektion Schwyz ab. Er wird sein Amt im Juni dem 37-jährigen Brunner Rechtsanwalt Roman Weber übergeben. Dettling stand von 1997 bis 2004 dem HEV Schweiz als Präsident vor. Er setzte sich nicht nur in seinem Kanton, sondern auch national sowohl auf Verbandsebene als auch auf dem politischen Parkett unermüdlich für das Recht auf Eigentum ein. Der HEV Kanton Schwyz mit seinen fünf Sektionen zählt rund 10 300 Mitglieder und ist einer der grössten Verbände im Kanton Schwyz. Dies ist hauptsächlich ein Verdienst des 68-jährigen Rechtsanwalts und FDP-Spitzenpolitikers. Er vertrat den Kanton Schwyz sowohl als Nationalrat als auch als Ständerat, bevor er sich 2003 aus «Bern» verabschiedete.

Agro Energie AG plant Erweiterung

Die Agro Energie Schwyz AG plant den weiteren Ausbau ihrer grossen Heizzentrale im Wintersried, mit der mittlerweile grosse Teile des Talkessels Schwyz in den Gemeinden Ingenbohl und Schwyz mit nachhaltiger Energie versorgt werden. Vorgesehen ist der Bau eines 50 Meter hohen Siloturms. Es handelt sich dabei um ein Speichersilo für Heisswasser. Mit dem neuen Siloturm könne die bestehende Wärmeerzeugung effizienter genutzt werden, bestätigte Verwaltungsratspräsident Baptist Reichmuth. Während der Nachtabsenkungszeiten werde der Speicher geladen, sodass in der Spitzenzeit die nötige Warmwassermenge zur Verfügung stehe. Da in der jetzigen Zonenordnung lediglich Bauten bis zu einer Höhe von 20 Metern erlaubt sind, wird eine Änderung von Zonenplan und Baureglement notwendig, was eine Volksabstimmung bedingt.

Schokoladenfabrikant Felchlin baut neue Rösterei

Die Schokolade-Spezialistin Felchlin AG in Ibach erweitert ihre Produktionsanlagen. Ein erster Schritt betrifft die neue Umgebungsgestaltung und die Verkehrsführung auf dem Fabrikareal an der Gotthardstrasse. Weiter wird die Hochwassersicherheit erhöht und der Besucher-, Zulieferer und Speditionsverkehr werden neu gelenkt. In einem zweiten Schritt ist die Erweiterung der heutigen Fabrikationsanlage geplant. Vorgesehen ist der Neubau einer Rösterei. Darin integriert werden Bohnensilos, neue Verladerampen und Lager. Die Portionierung, Abfüllung, Verpackung, das Speditionslager und auch der Fabrikladen werden vom

Neubauprojekt nicht betroffen sein. Die 1908 gegründete Felchlin AG hat ursprünglich an der Franzosenstrasse in Seewen produziert. 1963 hat das Unternehmen das Areal von rund 11 000 Quadratmetern am heutigen Produktionsstandort in Ibach gekauft. Seit 2000 ist die gesamte Produktion in Ibach zusammengelegt und das Werk in Seewen aufgehoben.

Erweiterungsprojekt für Seedamm-Center

Zum wiederholten Mal reichen die Seedamm Immobilien AG und die Migros Genossenschaft Zürich ein Erweiterungsprojekt für das Seedamm-Center in Pfäffikon ein. Der Erweiterungsbau soll auf dem Grundstück westlich des bestehenden Centers erstellt werden. Geplant sind ein Obi-Baumarkt sowie eine grosse Migros-Filiale mit Restaurant. Ausserdem sind zusätzliche gedeckte Parkplätze eingeplant. Die Parkplätze sind künftig auf dem ganzen Seedamm-Center-Areal gebührenpflichtig. Damit ist die in der Vergangenheit beanstandete Emissionsneutralität gewährleistet. Das Grundstück des Erweiterungsbaus ist seit 1957 im Besitz der Genossenschaft Migros Zürich. Die Idee des Ausbaus ist bereits mehrere Jahrzehnte alt und geht in ihren Grundzügen auf das Jahr 1970 zurück. 1998 wurde das erste Erweiterungsprojekt vorgestellt, das aus rechtlichen Gründen und wegen Einsparungen nicht verwirklicht werden konnte.

Rückläufige Bürgschaften

Die Schwyzer haben 2011 Bürgschaften in der Höhe von insgesamt 8,15 Mio. Franken aus dem Bürgschaftsfonds des Kantons Schwyz erhalten. Dies sind 2,35 Mio. Franken oder 22 Prozent weniger als im Vorjahr. Das geringere Interesse wird von der Kantonalbank mit der Erhöhung der Belehnungsnormen für Wohnliegenschaften begründet. Sie wurde Anfang 2010 von 75 auf 80 Prozent erhöht, weshalb nun weniger Kunden eine Bürgschaft benötigen. Ein Jahr zuvor hatte sich diese Änderung noch stärker ausgewirkt. Die Gesuche waren damals von 314 auf 190 zurückgegangen. In diesem Jahr verringerte sich die Anzahl nochmals um 49 auf 141 Gesuche. Die Nachfrage scheint sich nun auf diesem Niveau einzupendeln. Das Interesse nach Bürgschaften ging bei den Privatpersonen und bei den Firmen in etwa im gleichen Masse zurück. 2011 wurden 19 (Vorjahr 29) Anträge für reine Bürgschaften, welche in der Regel an KMU-Betriebe gewährt werden, mit einem Gesamtvolumen von 815 000 Franken (Vorjahr 1,2 Mio. Franken) bewilligt.

Teure Pflegefinanzierung

Die seit 2011 wirksame Neuordnung der Pflegefinanzierung hat im Kanton Schwyz Mehrkosten von rund 18 Mio. Franken verursacht. Zwei Drittel dieser Mehrkosten hatten die Gemeinden zu tragen. Das sind rund sechs Mio. Franken mehr als angenommen. Sämtliche Gemeinden sind davon betroffen. Total mussten die Schwyzer Gemeinden 8,2 Mio. Franken für die Mitfinanzierung ausgeben. Diese erste Übersicht nach dem ersten Jahr der Neuordnung gab die Ausgleichskasse des Kantons Schwyz bekannt. Die sehr ungenauen Schätzungen (8,2 statt der prognostizierten 2 Mio. Franken Aufwand) sind entstanden, weil für die Berechnungen der Budgets nur sehr rudimentäre Angaben des Bundes vorlagen. Nächstes Jahr dürfte es noch teurer werden. Mit der Neuordnung der Pflegefinanzierung hatten die Gemeinden letztes Jahr erstmals einen Teil der Kosten zu übernehmen, welche aus der stationären Langzeitpflege ihrer Einwohner in Pflegeheimen entstanden sind. Damit will man die Klienten entlasten und sie vor dem Abgleiten in die Fürsorge bewahren.

38 000 erhielten Prämienverbilligung

Im vergangenen Jahr erhielt jeder Vierte Schwyzer eine Prämienverbilligung. Das teilt die Ausgleichskasse/IV-Stelle Kanton Schwyz mit. In effektiven Zahlen ausgedrückt waren das gesamthaft 37 796 Personen. Sie erhielten Verbilligungen von insgesamt 54,3 Mio. Franken. Gut 30 Prozent der Berücksichtigten waren Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre. Seit der Einführung der Individuellen Prämienverbilligung (IPV) im Jahr 1996 hat der Kanton Schwyz über 611 Mio. Franken an Prämienverbilligungen ausgerichtet. Bund, Kanton und Gemeinden finanzieren die IPV gemeinsam aus Steuergeldern.

Coop investiert 17,5 Mio. in Einsiedeln

Der Erfolg von Coop im Kanton Schwyz löst einen Investitionsschub aus. Der Detailhandelsriese investiert im Kanton dieses Jahr 17,5 Mio. Franken in einen Neubau an der Zürcherstrasse in Einsiedeln. Das neue Konzept mit einer Retailverkaufsstelle und einem Bau- und Hobby-Markt im gleichen Gebäude wird eine Verkaufsfläche von 1400 Quadratmetern (retail) sowie 1650 Quadratmetern (Bau und Hobby inklusive Aussenverkauf) aufweisen. Die Eröffnung ist auf diesen Herbst geplant. Coop betreibt im Kanton Schwyz zwölf Retailverkaufsstellen und zwei Restaurants/Take it und bietet Beschäftigung für rund 260 Vollzeitstellen.

Starker Franken drückt Umsatz bei Kühne + Nagel

Der Umsatz der in Schindellegi domizilierten Kühne+Nagel ist im letzten Jahr um 3,3 Prozent auf 19,6 Mrd. Franken zurückgegangen. Schuld am Rückgang sei der starke Franken, hält der weltweit tätige Logistikkonzern in einem Communiqué mit. Der Betriebsgewinn (EBIT) schrumpfte ebenfalls, von 765 auf 750 Mio. Franken. Unter dem Strich verdiente K+N praktisch gleich viel wie im Vorjahr. Der Reingewinn legte leicht um eine Mio. auf 606 Mio. Franken zu. Ohne die Aufwertung des Frankens hätte der Konzern das Rekordergebnis von 2010 deutlich übertroffen, der Betriebsgewinn wäre auf 844 Mio. Franken und der Reingewinn auf 678 Mio. Franken gestiegen. Vor dem Hintergrund der Währungs- und Marktturbulenzen gab sich K+N mit dem Jahresergebnis zufrieden, erklärte Verwaltungsratspräsident Karl Gernandt. Im ersten Halbjahr hätten sich die Transport- und Logistikvolumina noch sehr positiv entwickelt. Dann habe sich aber in der zweiten Jahreshälfte das Wachstum zunehmend verlangsamt. Das zurückhaltende Konsum- und Investitionsverhalten in den USA und weiten Teilen Europas, die Unterbrechung der Lieferketten nach den Katastrophen in Japan wie auch die erheblich gestiegenen Rohstoffpreise hätten ihren Tribut gefordert. Dennoch habe sich der Konzern besser gehalten als die jeweiligen Märkte.

Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, dem Einsiedler Anzeiger, dem Höfner Volksblatt, dem March Anzeiger und der Schweizerischen Depeschagentur (sda) zusammengestellt.

Schwyzer Firma repariert beschädigte Glasoberflächen

Die Jungfirma Vetrox AG aus dem schwyzerischen Altendorf überarbeitet beschädigte Fenster vor Ort. Jetzt will Firmengründer Bernhard Dür einen Reparatur-Roboter für die Glasfassaden von Hochhäusern entwickeln.

Europäischer Marktleader

Wer im Internet nach Stichwörtern wie Glaskratzer oder etwa Glasbeschädigung sucht, der landet unweigerlich auf einer Website der Firma Vetrox. «Wir generieren gegen 70 Prozent unserer Aufträge über das Internet», kommentiert Dür.

Und nicht nur im Internet hält die Vetrox eine Spitzenposition: Das Unternehmen ist auch europäischer Marktleader. Mit dem weltweit patentierten Verfahren können Glasschäden wie Kratzer, Schürfungen und chemische Veränderungen der Oberfläche entfernt werden, ohne dass die Fensterscheiben, Teile einer Glasfassade oder ganze Schaufenster ausgewechselt werden müssen.

Die Kunden sparen sich mindestens die Hälfte dessen, was eine neue Glasscheibe, deren Montage und die Entsorgung des Altglases kosten würde. Entsprechend gross ist die Nachfrage. Tendenz steigend, denn mit Licht durchflutete Räume sind gefragt. Immer mehr Bauten mit Glasfassaden werden erstellt. Doch bestehende Glasflächen von mehreren Metern Länge und Höhe können nicht mehr einfach ausgewechselt werden. «Da kostet allein eine neue Glasscheibe

10000 Franken oder mehr», weiss Dür. Da sei die Montage mit Hilfe eines Krans nicht mal eingerechnet.

Planparalleles Schleifsystem

Der Kern der Erfindung von Dür ist ein planparalleles Schleifsystem. Die Maschine schleift die beschädigte Glasfläche in einer Dicke von wenigen tausendstel Millimetern exakt parallel ab. «Am Schluss entspricht die bearbeitete Glasoberfläche der ursprünglichen Beschaffenheit», kommentiert der Firmenchef. Damit dies möglich wurde, hat Dür auch die Schleifmittel selber entwickelt, zusammen mit dem Frauenfelder Schleifmittelhersteller sia Abrasives.

Mit der Fensterbranche hatte ETH-Ingenieur Dür ursprünglich nichts am Hut. Noch in den 1990er-Jahren war er Inhaber eines gut florierenden und international tätigen Unternehmens im Bereich der Datenverarbeitung.

Dann geschahen die Terroranschläge in den USA. Dür erinnert sich: «Nach 9/11 mussten wir unser Unternehmen schliessen. Die Aufträge wurden storniert, die Projekte abgebrochen».

Mutiger Neustart

Der damals 48-jährige entschloss sich, etwas anderes zu machen. Wie der Zufall so spielt, traf er einen Handwerker, der zerkratzte Schaufenster wieder instand stellte. Das interessierte Dür. Doch das System funktionierte nur sehr begrenzt, denn beim Schleifen mit einer Handmaschine entstehen jeweils zahlreiche Unebenheiten auf der

Glasoberfläche, was unweigerlich zu Lupeneffekten und Verzerrungen führt.

Dür merkte rasch, dass für dieses Geschäft andere Maschinen benötigt wurden. Sein Ingenieurherz begann zu schlagen. Zu Hause am Bürotisch brachte er seine Idee für ein planparalleles Schleifsystem zu Papier und liess sich einen ersten Prototyp bauen. Die Tests funktionierten, doch noch fehlten die Kunden. Bei einem Aufenthalt in Bern entdeckte er am Bubenbergrplatz, dass die grossen Scheiben des UBS-Sitzes stark verkratzt waren. Kurzerhand bot er seine Hilfe an. «Der erste Auftrag war unter Dach und Fach», freut sich Dür noch heute.

Expansion in die Nachbarländer

Die Firma entwickelte sich und setzte weiter auf Expansion. Davon zeugen die Referenzen. Die renommiertesten Geschäfte an der Zürcher Bahnhofstrasse gehören zum Kundenstamm, ebenso Luxushotels wie Grand Dolder oder Tschuggen Grandhotel Arosa. Dür musste Vetrox-Mitarbeitende schon nach Moskau schicken sowie nach Doha und Dubai. In der Schweiz beschäftigt Vetrox 10 Mitarbeitende und bewirtschaftet den Markt selber. In Deutschland, Österreich, Italien, Frankreich, Portugal und in weiteren EU-Ländern teilen sich im Moment rund 30 Lizenznehmer den Markt.

Mietsystem statt Lizenzgeschäft

Unterstützt bei der Neuausrichtung wird Dür vom Innovations-Transfer Zentralschweiz (ITZ)

respektive von Coach Peter Höpli des Technologiezentrums Linth. Dabei handelt es sich um eine Förderinitiative des Seco (Staatssekretariat für Wirtschaft) in Kooperation mit der Wirtschaftsförderung des Kantons Schwyz.

«Das Geschäft mit Flachglasreparaturen ist ein lokales Business», sagt Höpli. Um die Expansion zu beschleunigen, löst Vetrox in Deutschland das bisherige Lizenzgeschäft durch ein Mietsystem ab. Dadurch benötigen Handwerker künftig weniger Kapital, um auf der Basis des Vetrox-Systems einen Glasreparatur-Service aufzuziehen.

ITZ-Coach als Sparringpartner

Höpli ist auch Sparringpartner, wenn es um das Zukunftsprojekt eines Glasreparatur-Roboters geht. Letzter soll dereinst selbständig an Glasfassaden von Hochhäusern hochklettern, die Glasflächen kontrollieren und diese bei Beschädigungen reparieren. Die Machbarkeit wird derzeit an der HSR Hochschule für Technik Rapperswil abgeklärt – notabene dank einem sogenannten Innovationscheck der Kommission für Technologie und Innovation KTI des Bundes. Damit ist der Unternehmer Dür seiner Vision wieder einen Schritt näher. Sein Statement: «Wir erarbeiten jetzt zusammen mit der HSR ein Konzept für die Realisierung. Dann müssen wir mehr Leute ins Boot holen, damit wir das Projekt rasch umsetzen können.



Reparatur-Roboter Vetrox

VETROX AG

Bernhard Dür
Zürcherstrasse 94
CH-8852 Altendorf
Tel. +41 55 415 90 30

E-Mail b.duer@vetrox.eu
www.vetrox.eu

TZL Technologiezentrum Linth

Spinnereistrasse 2
CH-8866 Ziegelbrücke
Tel: +41 55 617 38 88
E-Mail info@tzl.ch
Peter Höpli
www.tzl.ch

ITZ InnovationsTransfer Zentralschweiz

Willy Kuchler, Geschäftsführer
Technikumstrasse 21
CH-6048 Horw
Tel. +41 41 349 50 60
E-Mail wk@itz.ch
www.itz.ch

Die AUNS-Initiative schwächt die Demokratie und gefährdet Arbeitsplätze

Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) will mit der Initiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik» das obligatorische Referendum für alle sogenannten «wichtigen» Staatsverträge ausweiten. Volk und Stände sollen künftig über jeden Staatsvertrag, der wichtige Bereiche betrifft, automatisch abstimmen. Dabei spielt es keine Rolle, ob eine Vorlage politisch umstritten ist oder nicht. Die direkte Demokratie wird nicht gestärkt, sondern geschwächt. Dazu schadet die Initiative der international ausgerichteten Wirtschaft.

Über wichtige Staatsverträge stimmen wir heute schon ab

Bereits heute gilt für den Beitritt zu einer supranationalen Gemeinschaft wie der EU oder zu einer Organisation für kollektive Sicherheit (NATO) das obligatorische Referendum. Es muss also zwingend darüber abgestimmt werden und es braucht eine Ja-Mehrheit von Volk und Ständen. Ein «EU-Beitritt durch die Hintertür», wie ihn die AUNS befürchtet, ist für die Schweiz deshalb sowieso ausgeschlossen. Staatsverträge, die unbefristet und unkündbar sind, den Beitritt zu einer internationalen Organisation (WTO) vorsehen, wichtige rechtsetzende Bestimmungen enthalten oder deren Umsetzung den Erlass von Bundesgesetzen erfordert, sind bereits heute dem fakultativen Referendum unterstellt. Das heisst, 50 000 Stimmberechtigte oder acht Kantone können in diesen Fällen eine Volksabstimmung verlangen. Diese Regelung hat sich bewährt. Sie garantiert, dass das Volk über alle Staatsverträge abstimmen kann, über die es abstimmen will. Die AUNS will die direkte Demokratie stärken, schwächt diese aber in Tat und Wahrheit. Als Folge der Initiative würden zahlreiche unumstrittene Verträge zwingend zur Abstimmung gelangen. Das provoziert teure Leerläufe bei Bund, Kantonen und Gemeinden.

Die AUNS-Initiative schadet der international ausgerichteten Schweizer Wirtschaft

Unter dem Deckmantel, die direkte Demokratie zu stärken, will die AUNS die internationale Zusammenarbeit der Schweiz blockieren. Sie leugnet dabei, dass die Schweiz mit ihrer stark international ausgerichteten Wirtschaft auf eine gut abgestimmte internationale Zusammenarbeit angewiesen ist und dafür die entsprechenden rechtlichen Grundlagen braucht. Auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) profitieren stark vom Aussenhandel. Gemäss dem Swiss International Entrepreneurship Survey (SIES) resultierten 2009 über 50 Prozent des Umsatzes von Schweizer KMUs aus Exporten. In den letzten Jahren war sogar eine Zunahme zu verzeichnen. KMU wie Grossunternehmen sind darauf angewiesen, dass sie diskriminierungsfrei exportieren können, ihre Investitionen im Ausland geschützt sind und eine doppelte Besteuerung vermieden wird. Freihandelsabkommen, Investitionsschutzabkommen und Doppelbesteuerungsabkommen sind deshalb von grosser Bedeutung und schaffen die nötige Rechtssicherheit. Gerade in der aktuellen wirtschaftlichen Situation, wo die Unternehmen unter dem starken Franken leiden, müssen sie gegenüber

ihren Konkurrenten aus dem benachbarten Ausland wettbewerbsfähig bleiben. Das gefährdet die AUNS-Initiative und sie nimmt die Gefährdung von Arbeitsplätzen mutwillig in Kauf.

(economiesuisse)

Gesetzlicher Mindestlohn löst kein Problem

Die Eidgenössische Volksinitiative «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)» des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes ist formell zustande gekommen. Die Initiative verlangt einerseits die staatliche Förderung von Mindestlöhnen in Gesamtarbeitsverträgen und andererseits zusätzlich die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, der regelmässig der Teuerung angepasst werden soll. Aktuell (Stand 2011) soll er 22 Franken pro Stunde betragen, was bei einer Vollzeitbeschäftigung und einer 42-Stunden-Woche einem Monatslohn von 4000 Franken entspräche.

Hauptargument der Initianten für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ist die Stärkung der Kaufkraft und die Verhinderung so genannter «working poor» – Menschen, die trotz Vollbeschäftigung zusätzlich zu ihrem Verdienst auf Sozialhilfe angewiesen sind. Ein gesetzlicher Mindestlohn, so die Initianten, stabilisiere, schaffe neue Arbeitsplätze und sichere den sozialen Frieden.

Diese Argumentation schlägt allerdings in jeder Hinsicht fehl. Ein gesetzlicher Mindestlohn stabilisiert weder die Wirtschaft noch die Sozialpartnerschaft. Es ist davon auszugehen, dass die Summe aller Löhne auch nach einer Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns zumindest konstant bleibt (wenn nicht gar sinkt). Ausländische Vergleiche zeigen, dass Mindestlöhne häufig sogar zu einer Nivellierung nach

unten führen. Zumindest aber wird eine allfällige Erhöhung der tieferen Löhne zu einer Einsparung bei den etwas höheren (aber kaum bei den höchsten) Löhnen führen, so dass für die Kaufkraft der Schweizerinnen und Schweizer unter dem Strich nichts gewonnen wäre. Das Verhandeln und Festlegen von branchen- oder regionenspezifischen Mindestlöhnen gehört zudem traditionell und richtigerweise zu den sozial-partnerschaftlichen Aufgaben. Ein gesetzlicher Mindestlohn torpediert diese wichtige Aufgabe und schränkt die Handlungsfreiheit der Verhandlungspartner ein (obwohl die Initiative paradoxerweise gleichzeitig eine Verstärkung der GAV-Mindestlöhne will). Die Sozialpartnerschaft wird also mit Sicherheit nicht stabilisiert.

Ein gesetzlicher Mindestlohn schafft zudem keinen einzigen Arbeitsplatz mehr. Es ist im Gegenteil zu befürchten, dass begründeterweise zu einem kleinen Lohn Angestellte ihre Stelle verlieren, wenn ihre Arbeit teurer wird. Dies wiederum träfe dann genau die sozial Schwächsten unserer Gesellschaft. Aus dem «working poor» wird ein reiner Sozialhilfeempfänger, was weder im Interesse der Initianten noch der Gesellschaft liegen kann.

In einem wirtschaftlich und politisch liberalen Land werden Löhne nach markt- und betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zwischen den Vertragspartnern verhandelt. Gesetzliche Mindestlöhne, die keinen Bezug auf die wirtschaftliche

und persönliche Leistungsfähigkeit und den Markt nehmen, bedeuten eine Abkehr von diesem Grundsatz. «Working poor» gibt es nicht nur wegen tiefer (was nicht gleichbedeutend mit «unfair» ist!) Löhnen, sondern unter anderem auch aufgrund einer Vertechnisierung der Arbeitswelt, ständiger Spezialisierung, gestiegener Ansprüche, persönlicher Lebenssituationen und gesellschaftlicher Entwicklungen. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns löst aber auch dieses Problem nicht, genauso wenig wie irgendein anderes. Die Mindestlohn-Initiative schadet in ihrer Gesamtheit daher mehr als sie allenfalls im Einzelfall nützen könnte.

(Centre Patronal)

Freizügigkeitsabkommen Schweiz – EU: Anrufung der Ventilklausel gegenüber den Staaten der EU-8

Seit Aufhebung der Kontingente am 1. Mai 2011 gilt für Staatsangehörige der mittel- und osteuropäischen Staaten der EU-8 [1] die volle Personenfreizügigkeit. Die im Freizügigkeitsabkommen (FZA) vorgesehene Ventilklausel erlaubt es der Schweiz, bis ins Jahr 2014 einseitig wieder Kontingente für Personen aus den EU-8 Ländern einzuführen. Voraussetzung hierfür ist, dass die Anzahl der ausgestellten Aufenthalts- bzw. Kurzaufenthaltsbewilligungen an Erwerbstätige aus den EU/EFTA-Staaten in einem Jahr um mindestens 10% über dem Durchschnitt der vorangegangenen drei Jahre liegt. Im Falle der an Staatsangehörige der EU-8 erteilten Aufenthaltsbewilligungen B waren die genannten Voraussetzungen für die Periode Mai 2011 – April 2012 erfüllt, nicht jedoch für die Kurzaufenthalter (Bewilligungen des Typs L) [2]. Die Kontingentierung auf rund 2000 B-Bewilligungen wird, wie im FZA vorgesehen, per 1. Mai 2012 in Kraft gesetzt und soll für ein Jahr gelten. Vor Ablauf dieses Jahres muss der Bundesrat die Situation erneut beurteilen und über eine allfällige Weiterführung bis 31. Mai 2014 entscheiden. Danach gilt die volle Personenfreizügigkeit für alle Staatsangehörigen aus den Staaten der EU-25/EFTA.

In seiner Interessenabwägung hat der Bundesrat berücksichtigt, dass die Personenfreizügigkeit dem Wirtschaftsstandort Schweiz viele Vorteile bringt. Die Zuwanderung aus den EU-Ländern hatte während der Rezession eine positive Wirkung

auf die Konsumausgaben und die Bauinvestitionen und stützte damit die Schweizer Wirtschaft. In der Schweiz leben mehr als 1,1 Millionen Staatsangehörige aus den EU-Ländern. Sie leisten zusammen mit den Grenzgängern einen wichtigen Beitrag zur Schweizer Wirtschaft und zur Schaffung bzw. dem Erhalt von Arbeitsplätzen.

Allerdings hat der Bundesrat in den vergangenen Monaten ebenfalls festgestellt, dass die Komplexität des Themas Zuwanderung eine Diskussion über Massnahmen in den Bereichen Arbeitsmarkt (inkl. flankierende Massnahmen) und Integration erfordert, welche unter Berücksichtigung wirtschaftspolitischer Überlegungen erfolgen muss.

Mit der Anrufung der Ventilklausel setzt nun der Bundesrat eines der Mittel ein, die es ihm erlauben, die Zuwanderung in die Schweiz zu steuern. Allerdings ist sich der Bundesrat auch bewusst, dass dieses Instrument nur kurzfristig wirken kann und dass weitere langfristig wirkende Massnahmen nötig sind.

In diesem Sinne hat der Bundesrat das EVD (SECO) beauftragt, konkrete Vorschläge zur Lösung des Problems der Nichteinhaltung von Mindestlohnvorschriften und -arbeitsbedingungen durch Subunternehmer zu erarbeiten. Weiter hat der Bundesrat das EJPD und EVD beauftragt, die Möglichkeit der Meldung der Löhne von Arbeitnehmenden aus allen EU/EFTA-Staaten bei der Einreise zum Stellenantritt

und im Rahmen des Meldeverfahrens zu prüfen.

Beide Aufträge entsprechen sinngemäss den im Rahmen der Beratung über die Anpassung des Bundesgesetzes über die flankierenden Massnahmen in den Kommissionen für Wirtschaft und Abgaben (WAK-Ständerat und WAK-Nationalrat) gestellten Anträgen.

Im Bereich der Integrationsförderung hat der Bundesrat das EJPD beauftragt zu prüfen, ob eine zusätzliche Erhöhung des Beitrags des Bundes im Lichte der Zuwanderung aus dem EU/EFTA-Raum angezeigt ist. Diese Verstärkung der Integrationsförderung durch den Bund könnte innerhalb der Rahmenbedingungen erfolgen, auf welche sich Bundesrat und Kantonsregierungen im letzten Jahr geeinigt haben. Die Integrationsförderung soll ab 2014 über kantonale Integrationsprogramme erfolgen, welche auf die jeweilige Situation der Kantone und die Art der Zuwanderung abgestimmt sind.

[1] EU-8: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn.

[2] Aufenthaltsbewilligungen B werden an Personen erteilt, die über einen Arbeitsvertrag in der Schweiz mit überjähriger oder unbefristeter Dauer verfügen und an selbständig Erwerbstätige. Kurzaufenthaltsbewilligungen L werden an ausländische Erwerbstätige erteilt, deren Arbeitsvertrag weniger als ein Jahr Gültigkeit hat.

Seit dem 1. Mai 2011, d.h. seit Einführung der vollständigen Personenfreizügigkeit gegenüber den EU-8-Staaten, wurden gesamthaft rund 6000 Aufenthaltsbewilligungen B an erwerbstätige Personen aus den acht osteuropäischen Staaten erteilt; in den drei vorhergehenden Jahren wurden dagegen im Durchschnitt 2075 Bewilligungen erteilt. Die Schwelle für die Anrufung der Ventilklausel lag somit bei 2283 B-Bewilligungen.

(EJPD)

Grosshandelspreise (Basis Dezember 2010 = 100)

Gesamtangebot

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2010	100,1	99,8	100,3	100,9	101,2	100,8	100,3	100,4	100,4	99,9	99,7	100,0
2011	100,1	100,3	100,7	101,0	100,8	100,3	99,7	98,5	98,4	98,1	97,3	97,7
2012	97,7	98,4	98,8									
¹	-2,4	-1,9	-2,0									

Produzentenpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2010	100,2	100,0	100,3	100,8	101,0	100,5	100,1	100,3	100,3	100,1	99,7	100,0
2011	100,1	100,0	100,2	100,3	99,9	99,7	99,3	98,5	98,4	98,3	97,5	97,8
2012	97,8	98,5	98,7									

Importpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2010	99,8	99,6	100,3	101,0	101,7	101,2	100,6	100,7	100,4	99,5	99,7	100,0
2011	100,0	100,9	101,9	102,5	102,8	101,6	100,5	98,5	98,2	97,7	96,9	97,4
2012	97,4	98,3	99,0									

Konsumentenpreise (Basis Dezember 2010 = 100)

Totalindex

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2010	99,4	99,5	99,7	100,5	100,4	100,0	99,2	99,2	99,2	99,7	100,0	100,0
2011	99,6	100,0	100,7	100,8	100,8	100,5	99,7	99,4	99,7	99,6	99,4	99,3
2012	98,9	99,1	99,7									
¹	-0,8	-0,9	-1,0									

2009 ²	2010 ²	2011				2012		
		Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März

Monatsindex (Dezember 2010 = 100)

		2009 ²	2010 ²	2011	2011	2011	2011	2012	2012	2012
				Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März
Totalindex		99,0	99,7	99,7	99,6	99,4	99,3	98,9	99,1	99,7
Nach Gruppen von Gütern und Dienstleistungen	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	102,8	101,6	97,5	97,1	96,0	96,2	96,8	97,0	97,5
	Alkoholische Getränke und Tabak	98,2	99,4	97,5	101,4	101,7	101,0	102,0	101,7	102,4
	Bekleidung und Schuhe	92,1	93,2	93,9	96,4	96,5	93,3	84	84,3	90,4
	Wohnen und Energie	96,9	99,3	101,5	101,7	102,3	102,4	102,3	102,8	102,9
	Hausrat und laufende Haushaltsführung	100,5	100,1	98,9	98,0	98,3	98,4	96,8	97,6	98,1
	Gesundheitspflege	100,7	100,4	100,1	100,1	100,1	100	100,1	100,1	100
	Verkehr	97,1	99,4	100,4	99,3	97,4	97,4	97,5	98,1	99,3
	Nachrichtenübermittlung	101,5	100,0	100,7	100,4	100,3	100,3	100,3	100,2	100,2
	Freizeit und Kultur	102,7	100,5	96,6	96,2	96	95,2	94,2	94,1	94,3
	Erziehung und Unterricht	97,8	98,9	100,7	100,7	100,7	101,6	101,6	101,6	101,6
	Restaurants und Hotels	99,2	100,1	101,4	101,3	101,2	101,4	102,4	102,4	102,6
Sonstige Waren und Dienstleistungen	98,9	100,2	100,3	100,0	100,0	100,1	100,4	100,7	100,6	
Nach Herkunft und Art	Inlandgüter	99,2	99,8	100,3	100,2	100,2	100,2	100,3	100,5	100,6
	Auslandgüter	98,6	99,4	97,9	97,9	97,4	96,7	95	95,4	97,2
	Waren	99,1	99,8	98,4	98,2	97,7	97,4	96,3	96,5	97,8
	Dienstleistungen	99,0	99,7	100,6	100,6	100,7	100,6	100,7	101	101

¹ Veränderungen in Prozenten zum Vorjahresmonat

² Jahresmittel

Die neuesten Zahlen der Grosshandels- und Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit unter <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05.html>

Kampf der Überregulierung

Unser kleines Land konnte sich bis zum Beginn des laufenden Jahrhunderts erstaunlich gut aus der grassierenden Regulierungsmanie heraushalten. Freiheit und Selbstverantwortung hiess die Losung. Diese bewahrte uns denn auch weitgehend vor Überregulierungen. Dazu beigetragen hat aussenpolitisch der Verzicht auf den EU-Beitritt. Innenpolitisch verhalten die föderativen Strukturen verbunden mit der Präventivwirkung der Volksrechte zu einem mehr oder weniger schlanken Staat. Der liberale Geist war hierzulande stärker als der Glaube an die heilbringende Regulierungskraft eines allgegenwärtigen Staates.

In den letzten Jahren sind die liberalen Ideale jedoch zusehends verblasst. Die Überregulierung und die damit einhergehende Bürokratie sind salonfähig geworden und erfassen immer mehr Bereiche: Die persönliche Verantwortung wird durch staatliche Gebote und Verbote ersetzt. So sollen etwa die Bürger und Bürgerinnen durch ein Rauchverbot und durch ein eidgenössisches Präventionsgesetz zu staatlich verordneter Gesundheit angehalten und erzogen werden. Und wer die Kinder einer Bekannten hütet, soll über ein staatliches Befähigungszeugnis verfügen. Die Eigenverantwortlichkeit der Konsumenten wird über einen rigorosen staatlichen Konsumentenschutz auf die Anbieter von Waren und Dienstleistungen abgeschoben. Der Vermieter ist aufgrund der engmaschigen Gesetzgebung und Praxis ohne Rechtsbeistand bald nicht mehr in der Lage,

einen formell einwandfreien Mietvertrag abzuschliessen. Die kommunalen Baukommissionen ziehen immer häufiger einen Beirat/Experten bei, hinter dem sich die verantwortlichen Entscheidungsträger gerade bei der Beurteilung von sogenannten weichen Faktoren (Ortsbildschutz etc.) verbergen können.

Diese wenigen Müsterchen machen die Entwicklung hin zu einer permanenten Überregulierung mehr als deutlich. Die so aufgeblähte Staatsbürokratie nimmt die Züge eines Selbstläufers an, welcher nach dem Prinzip der Eigendynamik nicht nur sämtliche Bereiche erfasst, sondern diese auch immer mehr durchdringt. Dadurch wird nicht nur die Selbstverantwortung jedes Bürgers und jeder Bürgerin untergraben. Vielmehr kommt auf diese Weise die gerade für unser Land so entscheidende Innovationskraft unter die Räder. Mittelmass und Scheuklappen vor dem Risiko, Neid und Missgunst schlagen – wenn auch schleichend – zu Buche. Das ständige Nachgeben in den internationalen Verhandlungen über unsere Eigenständigkeit etwa im Steuerstreit reiht sich nahtlos in diese fragwürdigen Entwicklungstendenzen ein. Die Anbiederung an die Regulierungsmanie ist denn auch gerade für unser kleines Land ohne eigene Rohstoffvorkommen verheerend. Eine Nivellierung nach unten scheint programmiert zu sein.

Es ist daher ein Gebot der Stunde, dass wir kräftig Gegensteuer geben und das Prinzip der Freiheit

in Selbstverantwortung nicht nur als hehren Grundsatz verkünden, sondern im politischen Alltag wieder in den Vordergrund rücken. Dies ist zwar zuweilen recht mühsam, aber dennoch sehr lohnend. Dabei gilt es die längerfristigen Folgen einer Überregulierung konsequent aufzuzeigen und sich mit Engagement beharrlich dagegen zur Wehr zu setzen. Ein wirksames Mittel hierfür bilden zweifelsohne die Volksrechte. Nur schon die Betonung der Möglichkeit von Referenden und Initiativen kann erfahrungsgemäss die Regulierungslust massiv eindämmen. Die Glaubwürdigkeit und Präventivkraft der Volksrechte wird allerdings nur dann gestärkt, wenn diese bei passender Gelegenheit auch tatsächlich eingesetzt werden.

Die Volksrechte sind nicht zuletzt auch ein wirksames Mittel von Wirtschaftsverbänden – vorausgesetzt diese werden klug und dosiert gebraucht. Gerade die oftmals finanziell gut situierten Wirtschaftsverbände, welche politisch weit weniger gebunden sind als die Parteien, können auf diesem Weg die stetig wachsende Staatsbürokratie in unserer Gesetzgebung wirksamer bekämpfen. Der legendäre ehemalige Gewerbedirektor und Nationalrat Otto Fischer hat seinerzeit mit einem engagierten und klugen Einsatz der Volksrechte wesentlich zur Bewahrung einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung beigetragen. Was zur damaligen Zeit billig war, sollte uns eigentlich heute nur recht sein!

Schwyz, 24. April 2012

Toni Dettling, alt Ständerat, Schwyz

Gesellschaftsanlass des H + I des Kantons Schwyz

Am Donnerstag, 24. Mai 2012, ab 15.30 bis ca. 18.15 Uhr, lädt der H + I seine Mitglieder zum Gesellschaftsanlass ein, anlässlich welchem die Firma Schmuckmanufaktur Meister in Wollerau besichtigt wird. Danach findet ein Apéro mit anschliessendem fakultativem Nachtessen (Ende ca. 21.30 Uhr) statt.

Wir bitten Sie, diesen Termin vorsorglich zu reservieren; die Einladungen werden erst später versandt.

Generalversammlung des H + I des Kantons Schwyz

Am **Donnerstag, 30. August 2012, ab ca. 16.15 bis 21.30 Uhr**, lädt der H + I seine Mitglieder zur **Generalversammlung** ein. Es ist uns eine grosse Ehre **Herrn Carl Elsener Jr., Victorinox-Geschäftsführer und VR-Delegierter**, an der diesjährigen GV als Referenten begrüßen zu dürfen.

Die Generalversammlung findet im **Panorama Resort und Spa in 8835 Feusisberg** statt. Wir bitten Sie, diesen Termin vorsorglich zu reservieren; die Einladungen werden erst später versandt.

Diese Ausgabe wird gesponsert von
A. Tschümperlin AG, Baustoffe
Oberneuhofstrasse 5, 6341 Baar
www.tschuemperlin-ag.ch

Nr.	Datum	Sponsor
431	27.10.2011	Mächler AG, Sandstrahl-, Metallspritz- und Einbrennlackierwerk, Zürcherstrasse 106, 8852 Altendorf
432	24.11.2011	A. Betschart's Söhne AG, Transport und Heizöl, Schwyzerstrasse 19, 6440 Brunnen
433	15.12.2011	ROESLE FRICK & PARTNER, Rechtsanwälte und Urkundspersonen, Zürich und Pfäffikon/SZ
434	26.01.2012	PVA AG, Böden Holzwerkstoffe, Talstrasse 8, 8852 Altendorf
435	23.02.2012	Sparkasse Schwyz, 6431 Schwyz
436	29.03.2012	Mythen Center Schwyz, Mythencenterstrasse 15, 6438 Ibach
437	26.04.2012	A. Tschümperlin AG, Baustoffe, Oberneuhofstrasse 5, 6340 Baar
438	24.05.2012	Victorinox AG, Schmiedgasse 57, 6438 Ibach
439	28.06.2012	Gasser Hülsen GmbH, Kartonhülsenfabrik, Landstrasse 1, 6418 Rothenthurm
440	30.08.2012	Elektrizitätswerk des Bezirks Schwyz, Riedstrasse 17, 6431 Schwyz
441	27.09.2012	Schwyz Kantonbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz
442	25.10.2012	Bruhin AG, Print & Crossmedia, Pfarrmatte 6, 8807 Freienbach
443	29.11.2012	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau
444	16.12.2012	Räber AG, Distillerie, Luzernerstrasse 151, 6403 Küsnacht am Rigi
445	24.01.2013	Bruhin & Diethelm AG, Maschinenbau, Leuholz 23, 8855 Wangen SZ
446	21.02.2013	720 Grad AG, Architekturbüro, Bahnhofstrasse 1, 8852 Altendorf
447	28.03.2013	Elektrizitätswerk Schwyz AG, Strehlgasse 11, 6430 Schwyz
448	25.04.2013	Schweizerische Mobiliar, Generalagent Roland Egli, Lachen, Generalagent Stephan Annen, Schwyz
449	30.05.2013	OMIDA AG, Homöopathische Arzneimittel, Erlistrasse 2, 6403 Küsnacht a.R.
450	27.06.2013	pensionskasse pro, Bahnhofstrasse 4, 6430 Schwyz
451	29.08.2013	
452	26.09.2013	Schwyz Kantonbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz
453	24.10.2013	
454	28.11.2013	
455	17.12.2013	Wyrsh Unternehmerschule AG, Weinbergstrasse 10, 8807 Freienbach